

An den Grossen Gemeinderat

W i n t e r t h u r

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung, eingereicht von den Gemeinderäten/innen B. Zäch (SP), Ch. Meier (SP), R. Diener (Grüne/AL), Ch. Magnusson (FDP), L. Banholzer (EVP/BDP) und A. Steiner (GLP/PP)

Antrag:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Postulat betreffend Zusammenführung der Verkehrsplanung und Verkehrslenkung wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird damit als erledigt abgeschrieben.

Bericht:

Am 6. November 2017 reichten die Gemeinderäte/innen Benedikt Zäch und Christa Meier namens der SP-Fraktion, Reto Diener namens der Fraktion Grüne/AL, Christoph Magnusson namens der FDP-Fraktion, Lilian Banholzer namens der EVP/BDP-Fraktion und Annetta Steiner namens der GLP/PP-Fraktion mit 35 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgendes Postulat ein, welches vom Grossen Gemeinderat am 2. November 2017 überwiesen wurde:

«Der Stadtrat wird aufgefordert darzulegen, wie die Verkehrsplanung (heute: Tiefbauamt, Baudepartement) und die Verkehrssteuerung (heute: Departement Sicherheit und Umwelt) im Sinne einer einheitlichen Planung und Steuerung des Verkehrs zusammengelegt werden können.

Begründung:

Winterthur leistet sich heute den Luxus, entscheidende Teile der planerischen und operativen städtischen Verkehrspolitik, die Verkehrsplanung einerseits und die Verkehrssteuerung andererseits, in zwei verschiedenen Departementen (Verkehrsplanung: Departement Bau, Verkehrssteuerung: Departement Sicherheit und Umwelt) anzusiedeln. Dies führt zu erheblichem administrativem Mehraufwand und politischem Koordinationsbedarf und zu komplizierten Schnittstellen, die sich bei Verkehrsprojekten zum Teil nachteilig bemerkbar machen.

Ausserdem arbeiten die Verkehrsplanung und die Verkehrssteuerung innerhalb unterschiedlicher Betriebskulturen und fachlicher Sichtweisen. Das ist einer modernen, koordinierten und in einer Gesamtschau agierenden Verkehrsplanung und Steuerung abträglich.

Da in der nächsten Zeit verschiedene grosse Umsetzungsprojekte im Verkehrsbereich angegangen werden müssen (Buspriorisierung, weitere Schritte Umsetzung sGVK), ist der Moment günstig und die Notwendigkeit gegeben, hier eine neue Organisationsstruktur ins Auge zu fassen.»

Der Stadtrat äussert sich dazu wie folgt:

Bei der Umsetzung von Verkehrsprojekten werden verschiedene Phasen von der strategischen Planung bis zum Betrieb durchschritten. Bis anhin wurden Verkehrsthemen in den drei Bereichen (Tiefbauamt, Stadtpolizei, Stadtbus) und drei Departementen (Departement Bau, Departement Sicherheit und Umwelt, Departement Technische Betriebe) behandelt. Während der Aufgabenbereich von Stadtbus klar ist, hatten die Stadtpolizei (Verkehrslenkung) und das Tiefbauamt (Verkehrsplanung, Verkehrswege und Strasseninspektorat) besonders viele Schnittstellen. Die Vorsteherin des Departements Sicherheit und Umwelt und der damalige Vorsteher des Departements Bau haben deshalb 2017 einen extern begleiteten Prozess in Auftrag gegeben, um die organisatorische Situation zu überprüfen.

Der Stadtrat hat aufgrund der Erkenntnisse aus dieser Analyse dann Anfang 2018 beschlossen (SR.18.180-1), dass beide betroffenen Departemente die Verantwortlichkeiten im Themenbereich Verkehr klären und eine entsprechende Organisationsentwicklung durchführen mit dem Ziel, die Themenverantwortung zum Verkehr ab dem Jahr 2019 dem Departement Bau, Tiefbauamt, zuzuweisen.

Als Resultat des Prozesses hat der Stadtrat Ende 2018 beschlossen (SR.18.180-2), dass auf Anfang März 2019 alle Verkehrsthemen, die bisher durch das Tiefbauamt und durch die Stadtpolizei behandelt wurden, im Tiefbauamt vereint werden sollen. Das Tiefbauamt ist somit neu für alle Verkehrsaspekte wie die Verkehrsplanung, die Verkehrstechnik und die Verkehrssteuerung verantwortlich. Komplettiert wird dies mit der bisherigen Verantwortung für den Bau, den Unterhalt und den Betrieb der Verkehrswege.

Mit der Zusammenlegung wurden unter anderem auf den 1. März 2019 fünfhundert Stellenprozente von der Stadtpolizei zum Tiefbauamt verschoben. Damit verbunden kann das Fachknow-how im Tiefbauamt gebündelt und die neue Organisation «unter einem Dach» optimiert, komplettiert und professionalisiert werden. Der Stadtrat freut sich, dass es gelungen ist, massgebende Know-how-Träger von Stadtpolizei und Strasseninspektorat in die neue Organisationsstruktur einzubinden. Die neue Abteilung Verkehr im Tiefbauamt wird in Zukunft sowohl für die Verkehrsplanung als auch für sämtliche Verkehrsmanagementaufgaben verantwortlich sein. Diese Stellenverschiebung ist kostenneutral.

Mit der Zusammenlegung mussten auch zwei städtische Verordnungen leicht angepasst werden: die Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VVOS) und die Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Signalisationsverordnung. Die Änderungen der beiden Verordnungen lagen öffentlich auf und traten per 1. März 2019 in Kraft. Im Wesentlichen obliegt es damit verbunden ab sofort dem Tiefbauamt, entsprechende Festlegungen im Strassenverkehr (z. B. Signalisationen und Markierungen) zu verfügen.

Das definitive Zusammenführen der Verkehrsthemen im Tiefbauamt ist eine sinnvolle und notwendige Massnahme, um die anstehenden grossen Herausforderungen bei den Verkehrsthemen in den nächsten Jahren professionell und effektiv bewältigen zu können.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Bau übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Simon